

Wilsdruffer Tageblatt

Zernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erstmalig mit Aufnahme der Gewer- und Zehntsteuer nach Art. 5 des Reichsgesetzes vom 2. April 1912 (S. 10) in Kraft getreten. Die Gewer- und Zehntsteuer ist in der Stadt Wilsdruff, auf dem Lande Wilsdruff, durch die Post bezogen. Die Gewer- und Zehntsteuer ist in der Stadt Wilsdruff, auf dem Lande Wilsdruff, durch die Post bezogen. Die Gewer- und Zehntsteuer ist in der Stadt Wilsdruff, auf dem Lande Wilsdruff, durch die Post bezogen.



Inserentenpreis: Für die 6 gelblichen Hauptzeilen oder deren Raum, Anfangs, die 2 halbe Hauptzeile. Für die 6 gelblichen Hauptzeilen oder deren Raum, Anfangs, die 2 halbe Hauptzeile. Für die 6 gelblichen Hauptzeilen oder deren Raum, Anfangs, die 2 halbe Hauptzeile.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 89

Freitag den 14. April 1922.

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Bei der Amtshauptmannschaft wird die Sprechzeit für die Zeit vom 18. April d. J. (3. Osterfeiertag) ab bis auf weiteres für Montag bis Freitag auf 7—12 Uhr und 2 bis 4 Uhr, für Sonnabends auf 7—1/2 Uhr festgesetzt. Rassenanschlag Montag bis Freitag nachmittags 3 Uhr und Sonnabends 1 Uhr.
Meissen, am 12. April 1922. Nr. 1. Die Amtshauptmannschaft.

Die Hundesteuer auf das Rechnungsjahr 1922 (1. April 1922 bis 31. März 1923) ist in einer Summe vorläufig mit 58 Mark für einen Luxushund und 23 Mark für einen Zug- oder Kettenhund bis zum 20. d. Mts. an die Stadtkasse zu bezahlen.
Wilsdruff, am 11. April 1922. Der Stadtrat.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die deutsche Delegation in Genua hat die deutsche Denkschrift überreicht, in der begründet wird, daß eine internationale Antike als Vorbedingung unserer Zahlungsfähigkeit notwendig ist.
- * In Genua ist eine Abordnung von politischen und Finanzpersonalitäten aus dem Saargebiet eingetroffen.
- * Die Reparationskommission wird auf die deutsche Antwortnote hin voraussichtlich zunächst eine abwartende Haltung einnehmen.
- * Lord George beabsichtigt, in Genua einen Antrag einzubringen, daß alle Staaten einander einen zehnjährigen Frieden garantieren sollen.
- * Es verläutet, daß der König von Italien die Absicht hat, nach Genua zu kommen, falls eine längere Dauer der Verhandlungen gesichert sein wird.
- * Blättermeldungen zufolge wird Amerika sich an wirtschaftlichen Wiederaufbau beteiligen, wenn die Konferenz von Genua erfolgreich ist.

Zehn Jahre Frieden?

Das Fragezeichen ist vorläufig leider noch die Hauptsache. Der Plan, um den es sich hier handelt, und der, wie die meisten guten und schönen Pläne der letzten Jahre von Lloyd George stammt, klingt wie eine frohe Osterbotschaft, aber die Atmosphäre, in der dieser Gedanke seine Ausfertigung erleidet, läßt doch mehr Bedenken und Zweifel als rechten uneingeschränkten Glauben an die Verwirklichung der Idee aufkommen. Lloyd George hat — so wird gemeldet — die Absicht, den Antrag zu stellen, daß von allen auf der Konferenz vertretenen Staaten ein Vertrag abgeschlossen werde, der auf zehn Jahre Frieden lauten müsse. Durch diesen Vertrag müßten sich diese Staaten verpflichten, sich aller gegenseitigen Angriffe zu enthalten. Eine politische Sicherheit in Europa könne nur geschaffen werden, wenn Vertrauen herrsche. Dies wäre möglich, wenn die Staaten sich verpflichteten, ihre jetzt bestehenden Grenzen auf zehn Jahre anzuerkennen. Dann würde der Kredit wiederhergestellt, die Valuta stabilisiert und die Finanzlage der Staaten erleichtert sein, weil die Mächte teilweise abstrühen könnten.

Unvermittelt, überraschend und noch nicht recht sprechbar, wie bei Lloyd George immer, plagt diese läbliche Idee in die Konferenz von Genua hinein, aber schon melden sich die Zweifel zum Vort. Von französischer Seite erklärt man, daß der Abschluß eines derartigen Vertrages nicht die gewünschte Wirkung hätte. Schon der Artikel 10 der Völkervereinbarung enthält ähnliche Bestimmungen; positive Resultate wären aber dadurch nicht erzielt worden. Nur wenn die europäischen Staaten untereinander Verträge nach dem Muster des englisch-französischen Garantievertrages abschließen, könnte die Sicherheit Europas erhöht werden. Hier zeigt sich der ganze Unterschied der englischen und der französischen Anschauung. England als Weltmacht strebt nach großen umfassenden internationalen Abmachungen. Frankreich, streng auf die Wahrung seiner in so vielerlei Verträgen festgelegten Rechte und Ansprüche bedacht, will nur Schritt für Schritt sich zum Mitgehen zwingen lassen und nur soweit, als es seine Interessen unmittelbar dadurch gefördert sieht.

Die Konferenz von Genua, die am ersten Tage der großen Programmtage noch ein immerhin geschlossenes Naves-Gesamtbild ergab, hat sich inzwischen in eine Reihe von Kommissionsberatungen aufgelöst, und hier, wo mehr sachliche Arbeiten als schöne Worte erforderlich sind, kommen auch die sachlichen Gegensätze zwischen den Nationen schärfer zum Vorschein. Zunächst sind es nur kleinere Streitigkeiten gewesen, die zwischen Rußland einerseits und Japan und Rumänien andererseits schon bei der Zusammenkunft der Kommissionen auftraten, aber ernster und weittragender erscheinen die Schwierigkeiten, die von französischer Seite drohen. Die Franzosen berufen sich darauf, daß sie bereits am ersten Tage Zugeständnisse gemacht hätten und wollen sich lieber ganz zurückziehen, als weitere Konzessionen zugestehen. Sie sagen, sie müßten sonst beschrien, nach und nach dahin geführt zu werden, wo von der Revolution gesprochen wird, und das ist für sie die empfindlichste Stelle. Rußland sei mehr oder weniger von Deutschland, England und Italien unterstützt worden in der Hoffnung, dadurch die innere Krise, die diese Länder bedroht, heben zu können. Alle diese Länder aber gäben sich keine Rechenschaft darüber ab, ob die Lage in Rußland bedenklicher sei, als die Sowjetregierung es jugibt und daß darin die Triebkraft liegt, die die Sowjetregierung veranlaßt, um jeden Preis einen äußeren Erfolg zu suchen. Allerdings erreichen die Franzosen mit der Verweigerung solcher Bedenkenlichkeiten zunächst nur, daß

ne, abgesehen von der Gefolgschaft der kleinen Entente und Belgiens, sich mehr und mehr isolieren, aber gerade in dieser Isolierung können sie gefährlicher werden, als in engem Konnex mit den andern Mächten, der zugleich gewisse Rücksichten bedingt. Bezeichnend sind die kleinen Mittelchen, mit denen sie arbeiten. So stellte der französische Vertreter in der Finanzkommission den Antrag, daß Deutschland und Rußland nicht, wie die einladenden Mächte, der Unterkommission ohne weiteres angehören, sondern erst durch Wahl hineingelangen sollten. Sofort protestierte Dr. Kaibenan gegen diesen Versuch, die Gleichberechtigung zu durchbrechen und Tschitscherin schloß sich diesem Protest lebhaft an. Es bedurfte einer eindringlichen Ermahnung des englischen Vorsitzenden, um den Franzosen zu bewegen, auf seinen Vorschlag zu verzichten.

Ein zweites Beispiel der allerdings vergeblichen Bemühungen der Franzosen, die Konferenz in Verlegenheiten zu bringen, ist ein verfehlter Vorstoß gegen die Russen. Frankreich hatte einen Antrag eingebracht, das unabhängige Georgien zur Konferenz zuzulassen. Tschitscherin erklärte sofort, in einem solchen Antrage den Beginn eines schematischen Angriffs auf den sowjetrussischen Befehlstand sehen zu müssen. Wenn noch einmal das Wort Georgien falle, verlasse er augenblicklich den Saal. Der Franzose sah sich auch hier genötigt, seinen Antrag fallen zu lassen. Diese Dinge sind nicht gerade erschütternd, aber es ist zutreffend, wenn ein deutscher Beobachter darüber sagte, diese kleinen Reibereien sind nur kleine Steinchen auf dem Wege der Konferenz, aber doch nicht ganz unbedenklich. Denn sie schaffen, ohne im eigentlichen Zusammenhang mit den Aufgaben der Konferenz zu stehen, eine etwas gereizte Stimmung, die die nützliche Arbeit nicht gerade fördert.

Man sieht klar, wohin Frankreich steuert und wie es gegen den Strom schwimmen möchte. Rechnet man die außerordentliche Gefahr hinzu, die durch einen neuen deutsch-französischen Konflikt wegen der deutschen Antwortnote an die Reparationskommission entstehen kann, so erkennt man, daß die Idee des zehnjährigen Friedens vorläufig nicht als eine Idee ist, die vielleicht schon in den nächsten Tagen der Konferenz viel von ihrer Verbeirung einbüßt. Denn auch wenn nicht neuer Waffenlärm über die kriegsmüde Welt hinweg, so kann doch von Frieden, selbst auf so kurze Zeit, nicht die Rede sein, solange ein Kampf mit wirtschaftlichen und politischen Mitteln von Paris aus gegen uns geführt wird, der die besten Kräfte und Entwicklungsmöglichkeiten Europas an ihrer Entfaltung und den ganzen Kontinent an neuem Wiederaufblühen verhindert.

Die Denkschriften.

Als einer der wichtigsten Schritte in Genua wird die Übergabe des in London nach den Beschlüssen von Cannes von dem Sachverständigen der fünf Hauptmächte geschaffenen Memorandums über den Wiederaufbau Rußlands an die Russen angesehen. Tschitscherin erklärte: der Inhalt dieses Memorandums sei ihm durchaus nicht bekannt. Er bedürfe zwei Tage Bedenkzeit, um dazu Stellung zu nehmen. Das Memorandum kann als Basis der kommenden Auseinandersetzungen gelten. Es ist darin bedeutend mehr von den Verpflichtungen und Anerkennung der Rede, die Rußland übernehmen soll, als von der Hilfe, die den Russen gewährt werden soll.

Auch die deutschen Denkschriften, die unsere Delegation mit auf die Reise genommen hat, und die unsere Wirtschaftsfrage Kartagen, sind den Alliierten überreicht worden. Dieselben dienen vor allem zur Begründung der absoluten Notwendigkeit einer äußeren Anleihe, aber die in nichtoffizieller Form in Genua ebenfalls bereits Besprechungen stattfanden.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Das Inkrafttreten der neuen Steuern.

Am 1. Mai werden einige der neuen Steuern in Kraft treten, in erster Linie die Jüder-Nachsteuerordnung. Danach unterliegt Jüder, der sich am 1. Mai 1922 außerhalb eines Herstellungsbetriebes oder einer Zohniederlage befindet, einer Nachsteuer von 36 Mark für 100 Kilogramm Reingewicht. Mengen bis zu 100 Kilogramm Reingewicht bleiben von der Nachsteuer frei. Ebenso tritt am 1. Mai 1922 die Mineralwasser-Nachsteuerordnung in Kraft, ferner die Leuchtmittel-Nachsteuerordnung. Darunter fallen vor allem elektrische Glühlampen und Brenner. Mit Ablauf des 30. April 1922 tritt die Verordnung über Erhebung des Freigeldes des Branntweinmonopols außer Kraft. Demnach treten außer den bereits genannten Nachsteuern die Biersteuer und die Seneststeuer in Kraft.

Abschluß der deutsch-dänischen Verhandlungen.

Die deutsch-dänischen Verhandlungen sind nach den Verhandlungen, die im Januar und Februar d. J. in Berlin stattfanden, am 7. März in Kopenhagen wieder aufgenommen worden und jetzt zum Abschluß gelangt. Abkommen sind u. a. über folgende Gegenstände geschlossen: Unterhaltung der Grenze, Staatsangehörigkeit und Option, erleichterte Passbestimmungen für die Bewohner der deutsch-dänischen Grenzgebiete, über den kleinen Grenzverkehr, Regelung der Wasser- und Verkehrsverhältnisse an der Grenze, Fürsorge für Militärrentenempfänger und Pensionäre.

Beiräte für die Reichseisenbahn.

Den Entwurf der Verordnung über die Beiräte für die Reichseisenbahnen haben die Ausschüsse des Reichsrats in verschiedenen wichtigen Punkten abgeändert. So wurde ein besonderer Landeseisenbahnrat für den Direktionsbezirk Erfurt eingerichtet, ein weiterer besonderer Eisenbahnrat in Dresden und aus den bisher vereinigten Bezirks-Eisenbahnräten für Baden und Württemberg sind zwei besondere Landeseisenbahnräte mit dem Sitz in Stuttgart und Karlsruhe beschlossen worden. Die Ausschüsse haben daran festgehalten, daß den wirtschaftlichen Körperschaften kein Ernennungs-, sondern ein Vorschlagsrecht zustehe. Die Verordnung soll am 1. Mai in Kraft treten. Die Verordnung wurde vom Plenum nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen.

Neue Eisenbahnerorganisation?

In Berlin fand eine außerordentliche Tagung der Reichspostgewerkschaft statt, in der sich starke Gegensätze zwischen den oberen und unteren Beamtengruppen geltend machten. Die Vertreter der oberen Gruppen, von den Postassistenten an, sollen mit den radikalsten Erklärungen, die der Vorsitzende der Reichspostgewerkschaft auf der Tagung des Deutschen Beamtensbundes im Anschluß an die Ausführungen des Eisenbahnbeamtenführers Menne abgegeben hat, nicht einverstanden sein. Die Fachgewerkschaft VI der Reichspostgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten (Beamte in gehobener Stellung) hat beschlossen, den Austritt der Fachgewerkschaft VI aus der Reichspostgewerkschaft sofort zu vollziehen. Der geschäftsführende Vorstand der Fachgewerkschaft soll alle Vorbereitungen zum Anschluß an die in Aussicht stehende Gründung eines neuen Eisenbahnerverbandes treffen. Die neue Eisenbahnerorganisation soll zunächst auf eine Mitgliederzahl von 70 000 bis 80 000 Beamten zählen können.

Protest der Saarländer.

Die Parteien des Saargebiets von den Deutschnationalen bis zu den Reichheitssozialisten haben eine gemeinsame Beschwerde an den Völkerbund gerichtet, die sich namentlich mit der ungerechten Ausweitungspolitik und mit der Einmischung des Völkerbundes in innere Verwaltungsangelegenheiten, ferner mit dem Spionieren und Spittelwesen, mit der durchgängigen Bevorgung von Franzosen und mit der Verletzung der französischen Garnisonen befaßt. Auch wendet sich der Protest gegen die Auslegung der Begriffe „Saarstaat“ und „Saarbewohner“.

Keine Sondersteuer für Getreideerzeuger.

Nach einer Zeitungsmeldung würde nach Angaben des Präsidenten der Reichsgetreidestelle den Getreideerzeugern im nächsten Jahre durch eine neue Umlage eine Sondersteuer von etwa 30 Milliarden Mark auferlegt werden. Eine solche Angabe ist, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nicht gemacht worden. Eine Berechnung des der Landwirtschaft entgehenden Gewinnes ist zurzeit schon deshalb unmöglich, weil weder der Preis für das freie Getreide noch auch der etwaige Preis einer künftigen Umlage bekannt ist.

Frankreich.

Die Stellungnahme zur deutschen Antwortnote an die Reparationskommission ist bis jetzt in amtlicher Form von der Kommission noch nicht an die Regierung in Berlin bekanntgegeben worden, aber die Berichte der Blätter in Paris lassen erkennen, daß man in der Kommission sehr unzufrieden ist. Ein Blatt berichtet, es sei einstimmig der Ansicht Ausdruck gegeben worden, daß die deutsche Antwortnote unannehmbar sei. Da Deutschland sich weigere, die Bedingungen anzunehmen, an deren Erfüllung die Gewährung des Moratoriums geknüpft war, seien die Londoner Zahlungsbedingungen wieder in Kraft getreten. Ein anderes Blatt hält es für sicher, daß der Wiedergutmachungsanspruch zunächst eine abwartende Haltung beobachten wird.